

Frühzeitig auf den Wandel einstellen

Die liechtensteinische AHV steht auf einer soliden Grundlage. Doch langfristig wird auch in Liechtenstein der demografische Wandel die Altersvorsorge vor neue Herausforderungen stellen. Diesen soll frühzeitig begegnet werden.

Von Richard Brunhart

«Es besteht kein unmittelbarer Handlungsbedarf», stellte Regierungsrat Hugo Quaderer gestern an einer Medienorientierung zur Studie «Langfristige finanzielle Sicherung der Alters- und Hinterlassenenversicherung in Liechtenstein» klar. Die von der Regierung in Auftrag gegebene Studie zeige jedoch, dass langfristig darüber nachgedacht werden müsse, wie es mit der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) weitergehen soll.

«Wir haben den grossen Vorteil, dass wir das aus einer Position der Stärke machen können», hielt Quaderer fest. Die AHV befinde sich in einer sehr guten Ausgangslage, sodass ohne Hektik langfristig angelegte Korrekturmassnahmen vorgenommen werden könnten. Bereits ein Bericht der AHV zeigte, dass ohne Korrekturen die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen sich in Zukunft immer weiter öffnen beziehungsweise eine «Nachhaltigkeitslücke» entstehen würde. Deshalb habe die Regierung beschlossen, das Thema näher zu betrachten, dazu eine Lenkungsgruppe eingesetzt und das Institut für Versicherungswirtschaft der Universität St. Gallen mit der Studie beauftragt.

Einfluss der Finanzkrise gering

«Die Altersvorsorge stellt in den meisten Ländern eines der ganz grossen gesellschaftlichen Probleme dar», erklärte Walter Ackermann vom Institut für Versicherungswirtschaft der Universität St. Gallen, der gemeinsam mit seinem Kollegen Daniel Lang die Studie im Detail vorstellte. Angesichts der aktuellen ökonomischen Entwicklungen rücke dieses Problem zudem zunehmend in den Fokus der Öffentlichkeit. Die Aufgabe der Altersvorsorgesysteme, sehr langfristige Vorsorgegarantien sicherzustellen, er-

scheine derzeit besonders schwierig. Obwohl die Finanzkrise ernst genommen werden müsse, dürfe man diese Situation auch nicht zu negativ zeichnen. Wirtschaftskrisen habe es schon früher gegeben und die Volkswirtschaften hätten sich davon erholt, betonte Ackermann. Bei massiven Auswirkungen auf die Lohnsumme und somit auf die Beitragszahlungen über zwei oder drei Jahre könnte zwar diese einzelne Krise spürbar sein. Doch erwartet Ackermann, dass die Wirtschaft auch wieder dem generellen Trend zu Wachstum folgen wird. «Ein Altersvorsorgesystem würde erst gefährdet, wenn eine Volkswirtschaft über Jahre oder Jahrzehnte nicht mehr oder negativ wachsen würde», hielt Ackermann fest.

Steigende Altersrentnerquote

Der Hauptgrund für die gegenwärtig wachsende Herausforderung ist vielmehr in der demografischen Entwicklung zu suchen. Liechtenstein habe mit seinem Mehrsäulenmodell, das mögliche Systemrisiken wie den demografischen Wandel oder Risiken auf den Kapitalmärkten abfedert, ein ausgewogenes Modell, ist Ackermann überzeugt. Deshalb treffe Liechtenstein der demografische Wandel weniger hart als andere Länder, die sich hauptsächlich auf die erste Säule, eine umlagefinanzierte Altersvorsorge, stützten. Doch auch Liechtenstein werde von einer steigenden Altersrentnerquote betroffen sein.

Auf den Grundlagen zum AHV-Finanzhaushalt verknüpft mit einer Prognose zur demografischen und volkswirtschaftlichen Entwicklung sei ein Modell entwickelt worden, erklärte Daniel Lang. Für dieses Modell seien verschiedene Szenarien erstellt worden, die sich bei der Zahl der Zupendler und der Zahl der Einwanderer unterschieden. Lang betonte, dass sich hierin die Sicht der AHV von der des Landes Liechtenstein unterscheiden. Das Land Liechtenstein berücksichtige bei der demografischen Entwicklung die Wohnbevölkerung, die AHV die «Kunden» und somit auch Zupendler. Die Annahmen bezüglich der Geburtenrate und der Lebenserwartung seien bei den Szenarien gleich geblieben, da die Schwankun-



«Die Renten sind sicher»: Regierungsrat Hugo Quaderer (Mitte) sowie Daniel Lang (links) und Walter Ackermann vom Institut für Versicherungswirtschaft der Universität St. Gallen.

Bild Daniel Ospelt

gen in diesen Bereichen im Verhältnis zu den anderen Faktoren vernachlässigbar seien.

Gemäss dem «Trend»-Szenario der Studie – einer «möglichst realistischen Abbildung der Entwicklung» – werde sich bis 2050 die Altersrentnerquote von derzeit rund 20 Prozent auf 50 Prozent erhöhen. Dies bedeutet, dass auf zwei Personen im erwerbsfähigen Alter ein Altersrentner kommt. Selbst bei einem optimistischen Szenario sei mit einer Verdoppelung der Altersrentnerquote zu rechnen, erklärte Lang. Bei einem pessimistischen Szenario mit drastisch sinkenden Zupendlerzahlen würde selbstverständlich eine noch höhere Quote resultieren.

Agieren statt reagieren

Folge einer steigenden Altersrentnerquote sei, dass die Renten an die Versicherten stärker steigen als die Beitragszahlungen der Erwerbstätigen. Ab 2013 werden die Renten höher sein als die Beiträge. Aufgrund der substanziellen Zusatzeinnahmen über den Staatsbeitrag und Anlagen-

erträge aus dem AHV-Fonds rechnen die Verfasser der Studie damit, dass das AHV-Vermögen erst 2030 seinen Höhepunkt erreicht. Ab diesem Zeitpunkt werde der AHV-Fonds immer stärker abnehmen. Lang erklärte, dass eine Negativspirale entstehe, da mit sinkendem AHV-Fonds auch die Anlagerträge sinken würden. Folglich seien die Defizite in Zukunft sehr gross. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass die Verpflichtungen aus der AHV bis 2040 erfüllt werden könnten. Es wird deutlich, dass es dem Alterssicherungssystem an Nachhaltigkeit fehlt.

«Das ist der Grund, weshalb man sich trotz grossem AHV-Fonds frühzeitig mit Massnahmen auseinandersetzen sollte», sagte Lang. Zwar sei noch sehr viel Zeit, bis es so weit sei, hob Lang hervor. Doch verschiedene Massnahmen, die dagegen ergriffen werden könnten, würden erst nach relativ langer Zeit greifen. Eine Anhebung des Beitragssatzes könnte nach einem Jahr wirksam werden, wenn eine Änderung künftige Rentner be-

trifft – wie beispielsweise angepasste Kürzungssätze für Frührentner –, könnte eine Massnahme erst nach zehn oder mehr Jahren die volle Wirkung entfalten.

Die sehr gute Ausgangslage sollte nicht dazu verleiten, in Lethargie zu verfallen, hielt Regierungsrat Hugo Quaderer fest. Schon jetzt werden Überlegungen angestellt, wie gegengesteuert werden könne. Zudem sollten die Trends auch periodisch überprüft werden.

Renten sind sicher

Auch Walter Ackermann ist der Ansicht, dass frühzeitig gegengesteuert werden sollte. Im Zeitraum 2030 bis 2040 belaufe sich der Reformbedarf auf rund 35 Millionen Franken – gerechnet zu heutigen Preisen. Je nach den Massnahmen, die ergriffen werden, werde sich die AHV verändern, erklärte Ackermann. «Aber es wird auch in 40 Jahren eine AHV in Liechtenstein geben, die die Funktion einer grundlegenden Existenzsicherung erfüllen kann», ist Ackermann überzeugt.